

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Umtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großlich behördlich bestimmte Blatt
Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark. für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beitragsporto. — Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Telefon Sammelnummer 72208 — Poststellekonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig.
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Abonnementpreise: Die 10 Gewalt. Kolonelzeile 35 Vla. bei Blaurockstr. 40 Pf.
Stellenangebote 10 Pf. Kolonelzeile 25 Vla. Familiennotizen von Privaten
die 10 Pf. Kolonelzeile mit 50% Nachlass. Kellamezeile 2 M. Unterl. v. ausw.:
die 10 Pf. Kolonelzeile 40 Pf. bei Blaurockstr. 50 Vla. Kellamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Vor Reichstagsbeginn

Die Aktion der Imbusch und Stegerwald

Das Plenum des Reichstages wurde für Donnerstag zusammenberufen, um den Wahlaufmarsch der Parteien einzuleiten. Seit einigen Tagen bereits sitzen die Ausschüsse beieinander, um den Beratungsstoff für die kommenden Wochen vorzubereiten. Im Hauptausschuss wird der Etat vorbereitet, obwohl die erste Lesung im Plenum des Reichstages erst Donnerstag beginnen soll. Im Wohnungsausschuss wird weiter über die Gestaltung der Wohnungsprobleme gekämpft. Auch das im Dezember vorgelegte Liquidationschädengesetz wurde in Angriff genommen. Das Augenmerk der Politiker richtet sich in erster Linie auf den Schulausschuss, in dem seit Monaten über die Differenzen zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei geführt wird.

Wie unläufig berichtet wurde, haben die Blockparteien zusammengefunden, um eine Vereinigung über die strittigen Paragraphen herbeizuführen. Dies gelang hinsichtlich des Paragraphen 16, in dem die Schulauflösung durch die Religionsgesellschaften festgelegt werden soll. Das Zentrum hat zwar Konzessionen gemacht, aber die Volkspartei ist auch ob der neuen Formulierung dieses Paragraphen nie recht froh geworden. Jetzt kommt nun, wie an anderer Stelle zu erleben ist, die Nachricht, daß die Volkspartei Angst vor der eigenen Courage bekommen hat. Das Zentrum hatte sich geweigert, seine Unterschriften unter die Kompromißfassung zu setzen; nun scheint es, als ob auch die Volkspartei wenig Neigung habe, die neue Fassung des Paragraphen 16 anzunehmen. Die interparteilichen Beratungen über den Paragraphen 20, der die Frage der Simultanenschule regeln soll, stehen noch aus. Zudem werden die Beratungen über das Schulgesetz noch mancherlei politische Wogen im Gefolge haben. Dies, um so mehr, als das Schulgesetz immer stärker in den Gesichtswinkel der Wahlvorbereitungen tritt.

Unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstages hat Herr Gehler, der traditionelle Wehrminister der Republik, sein Ablösungsschreiben eingereicht. Trotz all der Bemühungen von Seiten des Bürgerblockkanzlers Marx wie auch des Reichspräsidenten, des beobachteten Schuhherrn Dr. Gehler, ist es nicht gelungen, den Arbeitsmäuden von seinen Vorsätzen abzusagen. Die Republik ist zur Zeit ohne Wehrminister, und niemand vermag heute auch nur mit einiger Sicherheit anzugeben, wer etwa das Erbe Dr. Gellers antreten wird. Durch den Kampf um den neuen Reichswehrminister werden die Gegenfänge im Bürgerblock nicht vermindert. Dies um so weniger, als die Reichswehrangelegenheiten ihre Rückwirkungen auch im Zentrum geltend machen.

Neben den Deutschnationalen ist zur Zeit die Marxpartei den stärksten politischen Erschütterungen ausgesetzt. Der Zentrumssturm ist ins Wanzen geraten. Das ist nicht nur eine Erröntung aus den letzten Wochen. Wir erinnern an die Saisonkritik, die Dr. Wirth gegen den Bürgerblock- und seinen Kanzler Dr. Marx unternommen hat. Inzwischen aber ist Herr Dr. Wirth verstummt. Seine Position wurde von den Führern der Christlichen Gewerkschaften übernommen. Jüngst stand der Ehrendoktor Stegerwald im Vordergrund. In den letzten Tagen aber hat Herr Imbusch die Führung angetreten.

Damit bestätigen sich die Vorauslagen, die schon in Vorleszeiten gemacht worden sind. Für die Dauer sind auch durch eine organisatorisch noch so fest gefügte Religionsgemeinschaft die sozialen Gegensätze nicht zu überbrücken. Schon aus dem Munde Dr. Wirths trat die Gärung unter den Zentrumsarbeitern immer stärker hervor. Jetzt aber haben die eigentlichen Führer der Zentrumsarbeiter das Wort ergreift. Zwischen diesen und dem Bürgerblockkanzler Dr. Marx hat sich in der Öffentlichkeit eine scharfe Auseinandersetzung abgespielt. Das vermögen auch die Prälaten und die Vertreter des Klerus in den politischen Redaktionen der Zentrumsblätter nicht zu verschleiern. Kein äußerlich ergibt sich dieser Gegensatz bereits, wenn man die Ueberdrüsen in der Zentrumsprese verfolgt. „So geht es nicht“, „Falsche Behauptungen und überflüssiger Streit“, „Von politischen Briefen, die besser unterblieben wären“, „Imbusch schüttet sein Herz aus“. So geht es in endloser Reihenfolge fort, obwohl der Bürgerblockkanzler und seine immer betriebsame Hintermänner nichts unterlassen haben, um die so ungerufenen Gelster in den Zentrumsarbeiterkreisen zu beschwören.

Die ganze Stärke der christlichen Gewerkschaftskreise richtet sich gegen Herrn Dr. Marx. Dieser war deneinst Volksblockkandidat im Kampf gegen Hindenburg, aber selbst die begeistersten Anhänger dieser Präsidentschaftskandidatur in den Redaktionen der demokratischen Presse dürften inzwischen ein gehöriges Haar in der von Dr. Marx eingebrachten Zentrumsuppe gefunden haben. Herr Dr. Marx hat im Sommer demonstrativ das Reichsbanner verlassen, und seitdem hat er sich im Sturmschritt nach rechts konzentriert, nur um die Risse im Bürgerblock zu überbrücken. In Wirklichkeit hat damit Dr. Marx sein Inneres offenbart, und so mag der Brief entstanden sein, den er in diesen Wochen an den geschäftsführenden Ausßuß des katholischen Lehrerverbandes geschrieben hat. Er hatte dort in einem privaten Schreiben seine Auffassungen über die Aktion Stegerwalds gegen die Befolgsvorlage dargelegt. Der Brief wurde in der Nassauischen

Das Wehrministerium zahlt für Schred!

Ein republikanischer Richter und der weltliche Eid

Leipzig, 17. Januar.
Der siebente Verhandlungstag wird durch die Vernehmung des jungen Endersle eröffnet. Schred hat bei Enders Stempel mit Reichsadler, Frontpanzerzeichen und ähnlichen Insignien bestellt. Enders lehnt die Auffertigung von Reichsadlerstempeln ab. Schred hat den Adler selbst hingeknüpft und das Wort Reichswehrministerium aus Silber anderer Wörter zusammengesetzt. Der junge Morgenstern hat Anfang Februar 1925 auf Rechnung Dr. Schreds eine kleine Dienstleistung für 250 Mark geleistet; Schred bezahlte sofort. Ende August 1925 hat der Zeuge auf Verlangen Schreds die Einrichtung wieder zurückgekauft.

Dem Buchdruckereibesitzer Kunz hat sich Schred als Reichswehrpoststempel vorgestellt. Schred brachte einen Druckauftrag. Ein Artikel über „Probleme der Landesverteidigung“ wurde auf 300 Zettel gedruckt. Gleichzeitig mußte auf die Rückseite der Zettel irgendein bestlesiger gerade in der Druckerei laufender Tag gedruckt werden, so daß der Anhänger eines Zeitungsausschnittes erwartet wurde. Schred erklärte, daß man der Ententeoffizielle wegen sehr vorsichtig sein müsse, da sogar die Reichswehrdruckerei überwacht würde.

Der Prokurist Käding bestätigt die Angaben seines Chefs Kunz. Schred hat auch Stammmassen auszugeben drucken

lassen. Um den geheimen amtlichen Charakter zu wahren, zeigte Schred gefälschte ausgefüllte Auftragsformulare des Reichswehrministeriums vor. Von den fahnen Zeitungszetteln „Probleme der Landesverteidigung“ weiß der Zeuge nichts, da der Zeuge eigentlich die Angelegenheit streng geheim hielt, den Zettel eigenhändig fertigte und drauf.

Im Schreibbüro der Frau Bitter hat Schred ebenfalls Arbeiten ausführen lassen. Vorher erkundigte sich Schred nach der Zuverlässigkeit der Frau. Da der Ehemann der Deutschnationalen Partei angehörte, ließ er mehrere Denkschriften abtippen und verziertigen.

Anfang August 1925 lehnte sich die Frau mit dem Reichswehrministerium in Verbindung, da mehrere Rechnungen offen standen und sie Schreds Adresse nicht kannte. zunächst telefonierte sie; da auf diese Weise natürlich keine Klärung herbeizuführen war, wurde sie in die Bendlerstraße bestellt. Sie nahm eine noch in ihrem Bett befindliche militärische Dienstschreibe, die mit Post von Wüllingen unterzeichnet war, mit. Sie sprach mit Post von Wüllingen im Ministerium, der die Dienstschreibe an sich nahm. Nach zweitständigem Warten wurden der Frau ohne weitere Bestragung die restlichen Rechnungen im Betrage von 50 Mark für die Abschriften der Schredchen fällig. Schred bezahlte.

Der Vertreter des Reichswehrministeriums, Major Hart-



Schulzeitung wiedergegeben, und Herr Dr. Stegerwald hat daraufhin erklärt, daß er vorläufig seine Funktion als zweiter Vorsitzender der Zentrumsfraktion nicht mehr auszuüben gedacht. Dabei ist zu beachten, daß Herr Dr. Stegerwald bis vor kurzem noch den rechten Zentrumsflügel zugehörte, und daß er erst unter dem Druck der Arbeitermassen eine Linksschwenkung vorgenommen hat.

Inzwischen hat nun Herr Imbusch in den Reden zu Oberhausen und Essen seinen Vorstoß gemacht. In einer Tagung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der unter dem Vorstoß Stegerwalds am Montag tagte, wurde sein Zweck darüber offen gelassen, daß Marx nicht mehr der Mann der christlichen Gewerkschaften sei. Im Kampf gegen die großkapitalistischen und agrarischen Interessen, die vom rechten Flügel den Zentrums unter Führung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns immer stärker vertreten werden, ist der Gedanke aufgetaucht, eine selbständige Christliche Arbeiterpartei zu begründen, die natürgemäß keine stärkere Bedeutung erlangen könnte. Der Gang der Entwicklung, der sich dauernd verschärfende Druck des Trustkapitals zwinge die christlichen Arbeiter immer gebieterischer, auch den letzten Schritt zu tun, und den Anschluß an die eigentliche Klassenpartei des Proletariats, die Sozialdemokratie, herzuführen.

Dahin drängen noch andere Tendenzen, die im Zentrum gegenwärtig wirksam sind. Vor einigen Wochen wurde der Zusammenschluß zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei herbeigeführt. Das ist das Werk des rechten Zentrumsflügels. Dieser erhofft durch die Wiedervereinigung der beiden klerikal Parteien eine Stärkung der kapitalisti-

chen Einflüsse in der Gesamtpartei, und diese Rechnung dürfte durch die Entwicklung auch durchaus bestätigt werden. Dies ergibt sich bereits aus den Gegenäußerungen, die von Seiten der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz zu einer Redewendung Guérards gemacht worden sind. Guérard hatte, im Gegensatz zu den Auffassungen des Blockkanzlers Dr. Marx, der erklärte, das Zentrum sei weder monarchistisch noch republikanisch, es sei eine Verfassungspartei, erklärt, daß das Zentrum dennoch republikanisch sei. Dagegen hat die Bayerische Volkspartei Einspruch erhoben. Niemand wird behaupten wollen, daß ausgesprochen Herr Guérard den Wirth, Stegerwald und Imbusch die Stange hält. Jedenfalls aber zeigen alle diese Strömungen, daß der Gärungsprozeß in der Zentrumspartei bei weitem noch nicht beendet ist.

Die Zentrumspartei ist eine der Säulen des Bürgerblocks. Die obersten Kirchenhierarchen haben ihr den Befehl erteilt, das Schulgesetz unter allen Umständen durchzuführen. Das kann nur geschehen im Bunde mit den Deutschnationalen, so daß das Zentrum, trotz all der sozialen Erschütterungen in den eigenen Reihen, auf Gedeh und Verderb mit dem Bürgerblock verbunden bleibt. Als Dank für diese Helferleistung fordern die Deutschnationalen Gegenleistungen im Sinne des Trustkapitals und der Großagrarier, wodurch die Kluft in den Zentrumskreisen noch vertrieben wird. Diese Kämpfe werden den kommenden Auseinandersetzungen im Reichstage das Gepräge geben. Und wahrscheinlich war es nicht das letzte Mal, als der traditionell unerschütterliche Zentrumssturm bei den Abstimmungen über die Besoldungsvorlage rettungslos auseinanderfiel.